



Am 3./4. Dez. 77
NEIN
zum Abbau der
politischen Rechte

DIESES PLAKAT...

**...sollte in jedem Dorf,
in jeder Stadt,
an allen Plakatsäulen und -wänden
angeschlagen werden!**

Auch in Ihrem Dorf, in Ihrer Stadt!

Was wir brauchen ist mehr Demokratie — und nicht weniger
politische Rechte.

Gegen den Abbau der Volksrechte!

**Wollen Sie uns dabei helfen?
Ein Plakat für Ihr Dorf,
für Ihre Stadt finanzieren?
Ihr Plakat?!**

**Sie entscheiden über die Anzahl
der ausgehängten Plakate!**

Der Aushang eines Plakates während 14 Tagen an den öffentlichen
Plakatwänden kostet uns inkl. Druckkosten Fr. 12.—.

**Helfen Sie uns!
Bestellen Sie noch heute!**

(mit nebenstehender Bestellkarte)

Nein zu jeder Einschränkung der politischen Rechte!

Angriff auf die Volksrechte

In den letzten Jahren hat das Volk vermehrt von seinen Rechten Gebrauch gemacht. Die wachsende Zahl von Volksbegehren ist ein Ausdruck für die grösser werdende Kluft zwischen der Bevölkerung einerseits und Bundesrat, Verwaltung und Parlament andererseits. Bundesrat und Parlamentsmehrheit empfinden den Gebrauch der Volksrechte zunehmend als lästig. Unter dem Vorwand der «Verwesentlichung» der Demokratie wollen Sie deshalb die Möglichkeit zur Lancierung von Volksinitiativen und Referenden massiv einschränken. Mit der Erhöhung der Unterschriftenzahl für Volksinitiative und Referendum und mit der Einschränkung der Unterschriftensammelzeit für Volksinitiativen sollen die Volksrechte abgebaut werden.

Während man in Bern ständig über mangelndes politisches Interesse in der Bevölkerung lamentiert, will man nun ausgerechnet denjenigen, die noch nicht resigniert haben und politisch aktiv sind, den Gebrauch der politischen Rechte erschweren. Denn durch die Verdoppelung auf 100000 Unterschriften und die Einschränkung der Sammelzeit auf 18 Monate für Volksinitiativen wird es kleinen, finanzschwachen Parteien und Organisationen, Minderheiten, nichtorganisierten Bürgern und Bürgerinnen praktisch verunmöglicht, Volksbegehren zu lancieren. Sollen die politischen Rechte nur noch für die grossen, finanzkräftigen Organisationen und Verbände gelten, die schon genug Interessenvertreter im Parlament sitzen haben?



Letztes Bestelldatum: 15. Oktober 1977

Der/die Unterzeichnete beauftragt das Referendumskomitee gegen den Abbau der Volksrechte, durch die Allgemeine Plakatgesellschaft in dem nachstehend bezeichneten Dorf oder Stadt

_____ Plakat(e) (pro Plakat mit Aushang Fr. 12.—) anschlagern zu lassen.

Der Unterzeichnete verpflichtet sich, den Betrag von Fr. _____ (Fr. 12.— pro Plakat) gleichzeitig auf das Postcheck-Konto des Referendumskomitees gegen den Abbau der Volksrechte, 80-11916 Zürich, zu überweisen.

Name: _____

Adresse: _____

Datum und Unterschrift: _____

Wohl in der Hoffnung, dass das Volk den Abbau seiner Rechte ratenweise eher schluckt, lässt der Bundesrat in zwei Scheiben abstimmen:

Am 25. September soll die Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Initiative und Referendum in der Verfassung, am 4. Dezember die Befristung der Unterschriftensammelzeit für Volksinitiativen im neuen Bundesgesetz über die politischen Rechte verankert werden. Es wird zwar im Bundeshaus immer darüber gejammert, dass das Volk überfordert sei — doch hier lässt der Bundesrat zum gleichen Thema in durchsichtiger Salami-taktik an zwei verschiedenen Tagen abstimmen. Das trifft das Referendumskomitee gegen den Abbau der Volksrechte, das gegen das neue Bundesgesetz im Frühling 1977 das Referendum ergriffen hatte, besonders stark. Wir sind dadurch gezwungen, zwei Abstimmungskämpfe durchzuführen. Da hinter unserem Komitee keine finanzstarken Verbände und Organisationen stehen, erlauben uns die Finanzen weder den Einsatz von Inseraten noch von Plakaten. Um wenigstens in der Abstimmung vom 4. Dezember ein Plakat aushängen zu können, hoffen wir auf Sie. Nur wenn durch diese Aktion genügend Plakate finanziert werden, können wir einen Aushang machen. Wir sind auf Ihre Unterstützung dringend angewiesen, um den Angriff auf die Volksrechte auch am 4. Dezember abwehren zu können.

Nein zum Abbau der Volksrechte — Nein zur Beschneidung der politischen Rechte!



Referendumskomitee gegen den Abbau der Volksrechte

Gartenhofstrasse 7, 8004 Zürich, Telefon 01/242 93 21
Postcheck-Konto 80-11916 Zürich

Bitte
mit 40 Rp.
frankieren

Referendumskomitee
gegen den Abbau der Volksrechte

Gartenhofstrasse 7

8004 Zürich

Liebe Freunde,

Wie Ihr wisst, ist das DM dem Referendumskomitee gegen den Abbau der Volksrechte beigetreten und hat sich aktiv am Abstimmungskampf beteiligt. Am 4./3. Dezember 77 wird es darum gehen, einen weiteren Abbau der Volksrechte zu verhindern. Wir bitten Euch, den Prospekt des Referendumskomitees zu beachten und Euch auch sonst wieder aktiv zu beteiligen. Ihr könnt Euch dafür direkt ans Komitee wenden (Gartenhofstr. 7) tel.: 01 / 242 93 21.

mit freundlichen Grüßen
der Ausschuss